

wiederholt vorgetragene politische Forderung der Volkspartei nach Einführung der parlamentarischen Regierungsweise zu einem Revisionspunkt der Verfassung zu erheben. Tags darauf, am 15. September 1920, waren die Vertreter der Bürgerpartei zu einer Aussprache geladen. Auf seiten der Bürgerpartei waren der Obmann-Stellvertreter und Landtagsabgeordnete Peter Büchel, Regierungsrat Franz-Josef Marxer und Landtagsabgeordneter Dr. Eugen Nipp erschienen. In der regierungsamtlichen Presseerklärung<sup>128</sup> betonte der Fürst, daß das «Einigungswerk» dank des «opferwilligen Entgegenkommens» der Bürgerpartei erzielt werden konnte. Er ernannte am gleichen Tage für die Dauer eines halben Jahres Dr. Josef Peer «provisorisch» zum «Leiter der Regierungsgeschäfte mit allen Rechten und Vorzügen eines Regierungschefs».

---

<sup>128</sup> Siehe Fußn. 127.